
Das Geesthachter (?) Krankenhaus - oder: Die „JOHANNITER“ Teil III

Inzwischen werden die Diskussionen über die Mißstände im Johanniter-Krankenhaus Geesthacht und der Fall Büsscher nicht nur 'heftig', sondern in hysterischer Manier geführt. Die Häme, die über Thomas Wüppesahl verbreitet wird, entbehrt jeglicher Substanz und wirft abermals ein bezeichnendes Licht auf jene, die bar jeder Argumente auf unsere Informationen und Vorwürfe reagieren.

Wir werden weiterhin in unseren politischen Bereichen diesen Konflikt nicht nur um das aktuell im Kreuzfeuer stehende Geesthachter Johanniter-Krankenhaus, sondern auch um das Gesundheitswesen insgesamt im Sinne der betroffenen Patienten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln führen.
Die Diskussion muß öffentlich fortgesetzt werden.

Gerd P. Werner
(Mitglied des Deutschen Bundestages) Die
GRÜNEN SH

Robin Jacobitz
(Mitglied des Landesvorstandes)
Die GRÜNEN SH

Heino Schomaker
(Landesgeschäftsführer Die GRÜNEN)
Schleswig-Holstein

Warum diese Aufregung?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nachdem wir unser erstes Flugblatt zu den Mißständen im Johanniter-Krankenhaus Geesthacht und zum Fall Büsscher veröffentlichten, reagierte niemand außer Herr Büsscher selbst.

Die Strategie des Johanniter-Krankenhauses und der ihnen wohlgesonnenen etablierten Parteien und Teile der Geesthachter Ärzteschaft lief darauf hinaus, daß man das Krankenhaus aus der Diskussion fernhalten wollte. Dr. Büsscher sorgte in seiner Tolpatschigkeit bereits für genügend Beweise gegen sich selbst.

Diese Strategie war mit dem zweiten Flugblatt nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen.

Eine kurze Erinnerung:

Fünf Jahre lang muß die Stadt die Defizite des Krankenhauses seit Übernahme durch die Johanniter decken.

Das waren jährlich zwischen 0,8 Millionen Mark und 1,7 Millionen Mark aus der Geesthachter Stadtkasse.

Die Etablierten haben dazu Ja gesagt. Wir nicht!

Wenn die Johanniter eines Tages Überschüsse erwirtschaften, gehen die nicht etwa, wie man erwartet, in die Geesthachter Kasse, sondern in die Taschen des Ordens.

Die Etablierten haben auch dazu Ja gesagt!

Warum muß es überhaupt Defizite geben?

Weil der Verwaltungsleiter Gebhardt beispielsweise 82.000 Mark Jahresgehalt anstatt der üblichen 61.000 Mark bezieht, wie es bei seinem Vorgänger der Fall war.

Und eine Dienstwohnung mietfrei zur Verfügung hatte und den Dienst-PKW während der Arbeit privat nutzte.

Oder weil bis zu 300.000 Mark bei „Säuberung“ nach Übernahme des Krankenhauses für entlassene Ärzte als Abfindung bezahlt wurden.

Die Etablierten kümmert das nicht. Wir sagen dazu: Nein!

Denn es ist das Geld der Bürger, das hier sinnlos verpulvert wird. Und das wollten wir Ihnen allen damit sagen.

Wir stellten dar, daß die Johanniter ausländerfeindlich sind und belegten, wie sie im besonderen Nicht-Christen gegenüber unfair auftreten.

Der Verwaltungsleiter Gebhardt brach nachweislich die Vertraulichkeit des Wortes gegenüber Mitarbeitern, indem er Tonbänder während dienstlicher Gespräche laufen ließ und und und...

Wir führten weitere Einzelfälle an, die belegen, mit welchen Mängeln im fachlichen Bereich und mit welcher Überheblichkeit Bürger im Johanniter-Krankenhaus abgespeist wurden.

Wir zeigten auf, daß ein Arzt, Herr Jagella, als gynäkologischer Chefarzt sogar während des Dienstes ange-trunken war und medizinisch nicht mehr tätig werden konnte.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Herr Dr. Schoppmeier, Medizinischer Direktor des Krankenhauses, dem gesamten Krankenhaus-Kuratorium gegenüber die Unwahrheit gesagt hat. Dies wird bereits durch einen unserer vier Fälle aus dem zweiten Flugblatt belegt:

4. Die Staatsanwalt will einstellen.

Feststeht jedoch, daß die Verstorbene erst nach knapp fünf Wochen exhumiert worden ist.

Feststeht auch, daß bei Verdacht auf Fehlbehandlung durch eine Kalzium-Spritze sofort, also innerhalb von zwei bis drei Wochen gehandelt werden muß.

Ob ein Handeln rasch oder langsam ist, bestimmt sich nach den Notwendigkeiten des Falles. Und die sind nicht gesehen worden.

Schnell ist Oberstaatsanwalt Böttcher nur mit öffentlichen

Erklärungen bei der Hand, die Büsscher und die Johanniter schützen.

Nachdem Büsscher erklärt hat, daß er 'alpha-Apoplectal' gespritzt hat und wir die Staatsanwaltschaft informierten, hätten sie nur in die 'Gelbe Liste' schauen müssen (auch darauf haben wir hingewiesen). Dann hätte Oberstaatsanwalt Böttcher nicht bloß vage „voraussichtlich“ weitere Ermittlungen in Aussicht gestellt, sondern wäre konsequent weiter tätig geworden.

Wir haben der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Ermittlungsmöglichkeiten für ihren „Paradefall“ genannt (Befragung von Zeugen usw.).

Die „Götter in Weiß“

Mit dem 13. Januar '86 veröffentlichten 33 Geesthachter Ärzte eine Anzeige, in der sie Dr. Büsscher, dem Johanniter-Krankenhaus und anderen Ärzten ihren Freibrief ausstellten, obwohl sie hätten erkennen müssen, daß zumindest Therapie-Fehler begangen wurden (siehe Flugblatt „Teil II“, Medikamentenauswahl, Büsschers Behandlungsablauf und weitere Widersprüche).

Nun zum Text der Ärzte:

Von „... scheinbar exakten pseudowissenschaftlichen Auslassungen gegen Herrn Dr. Büsscher und die Krankenhaus-ärzte...“ werde in unseren Informationen gesprochen. - Wir fragten bereits im letzten Flugblatt: „Warum schweigen die Geesthachter Ärzte?“ - Diese Frage muß erneuert und bekräftigt werden. Und warum benennen sie keine Argumente und betreiben pure Stimmungsmache.

Hier wird der typische Schulterchluß der „Götter in Weiß“ praktisch vollzogen. Es wird verurteilt! Es wird mit der vermeintlichen Reputation dieser „Götter in Weiß“ geworben. Argumente spielen bei ihnen keine Rolle! Fallen Sie nicht darauf herein. Achten Sie nach wie vor, auch wenn wir mit

unseren Informationen keinen Zugang mehr in die Geesthachter Presse haben, auf die *Argumente, die ausgetauscht werden.*

Andere Ärzte, auch außerhalb Geesthachts, haben längst die Unhaltbarkeit der von Büsscher angebotenen Version erkannt und wissen um die Berechtigung unserer gegen ihn und das Krankenhaus erhobenen Vorwürfe.

Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ wird Thomas Wüppesahl vorgeworfen, er habe vorverurteilt, weil er den Fall B. öffentlich gemacht hat und im ersten Flugblatt formulierte: „Wir erwarten, daß Herr Sch. und Herr B. die erforderlich gewordenen Konsequenzen von sich aus ziehen.“ Damit war nicht gemeint, daß Dr. Büsscher öffentlich unter Druck gesetzt werden sollte, seinen Behandlungsfehler einzugestehen. Wir haben dazu im zweiten Flugblatt erklärt, daß wir Verständnis haben, wenn jemand Fehler macht.

Auch Ärzten darf nicht zugestanden werden, daß Machenschaften unternommen werden; diese Fehler zu vertuschen. - Daß damit Schluß gemacht werde, haben wir gefordert.

Das Geesthachter Gesundheitswesen

Es ging uns nie und geht uns auch weiterhin nicht darum, die Geesthachter Ärzte oder sämtliche im Krankenhaus tätigen Ärzte, sowie das Pflegepersonal pauschal in Grund und Boden zu verdammen.

Wir haben sehr konkrete Vorwürfe in unseren ersten beiden Flugblättern und auch in diesem benannt. Dies betrifft nur einige wenige Personen - auch Ärzte.

Gleichzeitig wissen wir darum, daß viele Geesthachter Ärzte ihrem Beruf sorgfältig, fachkundig und mit Engagement nachgehen. Jede/r im Gesundheitswesen tätige/r Bürger/in möge für sich selbst die Entscheidung treffen - insbesondere in der Kenntnis um die tatsächlichen Vorgänge im Johanniter-Krankenhaus -, ob er/sie sich noch diesem Krankenhaus anvertrauen können.

Im Krankenhaus ist der Teufel los!

Mitarbeiter werden befragt, unter Druck gesetzt, Personalumbesetzungen fanden statt, Bestätigungen bzw. Korrekturen über Abläufe werden gefordert; Versuche gibt es, unsere Informationspolitik in Geesthacht umzukehren, wo doch gleichzeitig alle Kenner/innen wissen: die erhobenen Vorwürfe stimmen!

Panik und Verunsicherung in Teilen des Personals im Krankenhaus, die bislang überhaupt nicht betroffen sind, ist nicht nötig. Die überwältigende Anzahl der Mitarbeiter/innen dort hat nichts zu befürchten. Jede/r zieht sich den Schuh an, der ihm/ihr paßt. Die Führung des Johanniter-Krankenhauses versucht das gesamte Personal mit in ihren

Betroffenenstatus hineinzuziehen und gegen das Aufdecken der Mißstände einzunehmen - wir erklären hiermit ausdrücklich, daß wir diese Mitarbeiter/innen nicht verurteilen und dies auch nicht getan haben. Wir wissen, daß es kritische Personen gibt, die ihre liebe Mühe damit haben, die Mißstände im Johanniter-Krankenhaus überhaupt auszuhalten. Wir möchten insbesondere diesen Menschen den Rücken stärken und gleichzeitig allen bisherigen Informanten unseren Dank für ihr Vertrauen aussprechen.

Wer Bedenken hat, sich uns gegenüber direkt zu offenbaren, kann dieses auch über einen Rechtsanwalt seines Vertrauens machen.

Die Etablierten - CDU/FDP/SPD

Wir haben in der Geesthachter Ratsversammlung neben anderen den Antrag gestellt, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, der die gegen die Johanniter im Raume stehenden und gut untermauerten Vorwürfe bearbeiten sollte. Desweiteren wollten wir, daß der Vertrag mit den Johannitern rückgängig gemacht werde und die Stadt die Trägerschaft des Krankenhauses zurückerhalte. Gegen diese Anträge haben alle drei etablierten Fraktionen gestimmt.

Die Etablierten scheuen ganz offensichtlich die sachliche Arbeit zu diesem Mißstand 'Johanniter-Krankenhaus' und wirken dahin, daß möglicherweise durch nicht geklärte Vorwürfe und Auseinandersetzungen der gegen die GRÜNEN und Thomas Wüppesahl geworfene Schmutz haften bleiben soll.

So belegen auch die bisherigen Stellungnahmen, daß es den Etablierten mehr um Stimmungsmache, denn um inhaltliche Auseinandersetzungen mit Argumenten geht:

Die CDU: Sie hat es besonders nötig!

Ihr Parteifreund, Uwe Barschel, zum Ministerpräsidenten dieses Landes gewählt, sorgte 1983, kurz vor der Landtagswahl, durch das Auflegen eines Sonderprogrammes in Höhe von 450 Millionen Mark dafür, daß in seinen (Uwe Barschels) Direktwahlkreis für den Landtag runde 80 Millionen Mark (also weit überproportional zum Gesamtprogramm) flossen.

Davon wurden 55 Millionen Mark den Johannitern für ein neues Krankenhaus aus Steuermitteln „geschenkt“, obwohl ein Bruchteil dieser Summe ausgereicht hätte, das vorhandene, in seiner Bausubstanz ausgezeichnete alte Krankenhaus auf den neuesten medizinisch-technischen Stand zu bringen. Auch sollte der geneigte Geesthachter wissen, daß die Stadt sich bereits seit Jahrzehnten um Gelder für einen Neubau bemüht hatte. In diesem Zusammenhang wird offenbar, was gespielt worden ist: Kurz vor der Entscheidung, Ende 1982, 55 Millionen Mark nach Geesthacht zu überweisen, kam der Vertrag mit dem Wechsel der Trägerschaft für das Krankenhaus von der Stadt Geesthacht zu den Johannitern zustande.

Daß dann auch noch von CDU und FDP auf Bundesebene das Krankenhausfinanzierungsgesetz so geändert wurde, daß etwaige Überschüsse bei den Krankenhausträgern verbleiben, macht deutlich, daß die Johanniter mit Dr. Büsscher, andere Ärzte und die etablierten Parteien mit ihren wütenden Attacken gegen uns vor ganz anderer Kritik Angst haben, als sie vorgeben.

Die FDP: Sie war ungewohnt schnell:

Voreilig, als erste der drei Etablierten war sie mit einer eigenen Stellungnahme, „F.D.P. verurteilt Wüppesahls Kampagne gegen Ärzte“, in der Zeitung. Und darin tönen die sonst so zurückhaltenden mal hü und mal hott sagenden 'Liberalen' richtig klar und deutlich, daß sie hier eine Rufmord-Kampagne gegen angesehene Geesthachter Ärzte vermuten und „... insbesondere gegen den Internisten Dr. Büsscher...“. - Wie

scheinheilig diese Ausführungen sind, haben wir bereits generell dargelegt. Wie durchsichtig dieses Vorpreschen tatsächlich ist, wird durch die Tatsache deutlich, daß Herr Büsscher für die FDP in der Ratsversammlung gesessen hat und deren Stadtrat war.

Also auch hier: 'Selbstlosigkeit', 'Gemeinnützigkeit' und 'Neutralität' in Reinkultur.

Die SPD: Sand in des Bürgers Augen.

Die Geesthachter SPD bietet mal wieder die Kür an politischem Geschick, um Sand in die Augen der Bürger zu streuen.

Sie läßt erst durch ihr Mitglied im Kuratorium des Johanniter-Krankenhauses für die SPD-Fraktion die bereits geschilderten Unwahrheiten, Verleumdungen und Verurteilungen unterschreiben, und will sich dann - wir befinden uns im Wahlkampf und der Unterschied zur CDU und FDP will hervorgekramt werden - als demokratisch differenziert absetzen. So hörte man auf der Ratsversammlung vom 17. Januar '86 ganz andere Töne. Man wolle „keinen Freibrief“ für irgendwelche Krankenhäuser und Ärzte“ mitverantworten.

Hier haben wir zwar nicht Biedermann und Brandstifter in einer Person, aber in einer **Fraktion** - immerhin!

Gleichzeitig wird auch an diesem Beispiel die typische und viel schwieriger zu durchschauende SPD-Politik deutlich:

Man weiß noch nicht, wie die Auseinandersetzung endet. Also sagt man erstmal etwas, was auf jedes Ergebnis zutreffen wird, um auf jeden Fall am Ende behaupten zu können „haben wir ja gemeint“.

Aber die SPD wähnt sich noch geschickter - in jedem Falle wird Thomas Wüppesahl menschenverachtendes Vorgehen attestiert. - Auch dies ist, wie aufgezeigt, unhaltbar und reinste Polemik. Thomas Wüppesahl mußte mit dem Fall B. an die Öffentlichkeit gehen, weil die Staatsanwaltschaft nicht in erforderlichem Maße tätig geworden ist. Er hat versucht, die Person der Ärzte so gut es ihm möglich war, herauszuhalten. Wer den Namen dann öffentlich genannt hat, war nicht er, sondern die 'Bergedorfer Zeitung'. Was die Johanniter betrifft, so sind mehrfach, beispielsweise zum Haushalt 1985, Anträge in der Ratsversammlung zum Krankenhaus gestellt worden. Sie wurden jedesmal abgeschmiert.

Die Zustände sind den Verantwortlichen zumindest ausschnittsweise bekannt gewesen.

Auch wissen viele um den schlechten Ruf des Krankenhauses. Menschenverachtend ist es, daran nichts zu ändern.

Wenn dann am Ende herausgearbeitet sein wird, daß die Vorwürfe gegen die Johanniter ihre Berechtigung haben, kann die SPD ihren Wählern gegenüber immer noch sagen „okay, die Kritik am Krankenhaus ist ja berechtigt, aber die Art und Form dieses Wüppesahls...“.

Dieses Beispiel verdeutlicht das Elend sozialdemokratischer Oppositionspolitik der letzten vier Jahre.

Ein Dankeschön

Viele Geesthachter Bürger/innen nahmen den Johanniter-Skandal zum Anlaß, sich mit Briefen, Anrufen und persönlichen Gesprächen über eigene Erlebnisse und Erfahrungen mit dem Krankenhaus an uns zu wenden. Viele Male wurde Dank für unsere Aktivitäten übermittelt und für weitere Initiativen Mut gemacht. Das spricht erst einmal nicht für uns - vor allem ist dies ein Hinweis auf die schlimme und inhumane Art und Weise, wie dieses Krankenhaus und sogenannte Verantwortliche mit den Sorgen und Nöten der Menschen umgehen.

Haben Sie auch weiterhin Vertrauen zu uns, informieren Sie uns über die aktuellen Vorgänge, über Erfahrungen und Erlebnisse und setzen Sie uns so in den Stand, diese Mißstände weiterhin öffentlich zu machen. Oder gehen Sie selbst an die Öffentlichkeit!?

Sicherlich können Sie sich vorstellen, daß unsere Informationspolitik mit diesen breitgestreuten und verteilten Flugblättern viel Geld kostet. Wir haben dafür zwar Spenden - auch aus dem Gesundheitsbereich Geesthachts - erhalten, benötigen aber noch weiteres Geld.

Sofern Sie sich imstande sehen und diese von uns gewünschten Verbesserungen begrüßen, würden wir uns über eine kleine Spende auf unser Konto bei der Kreissparkasse Geesthacht BLZ 230 52 750, Kto.-Nr. 321 00 22, für die GRÜNEN, Kreis Lauenburg, Stichwort: „Johanniter“, freuen. - Würden lediglich 250 Personen 20 Mark überweisen, wären die Kosten für den Druck, Satz, Rechtsberatung und Verteilung jeweils eines Flugblattes gesichert.